HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 2.2012

Die linke Zeitung
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Das 5. Gebot: Du sollst nicht töten!
Pro und Kontra
Seite 3

Aktuelle BUGA-Pläne
Vorbereitungen im Optikpark Rathenow
Seite 6



Lebenswert, aber...
1. Stadtteilkonferenz der LINKEN in Nord
Seite 9

Fundamentalopposition oder Kooperation?

Zur Zusammenarbeit der LINKEN in Brandenburg an der Havel mit anderen Parteien


Smalltalk am Randes des Höfefestes der Altstädter - SPD und LINKE

Eine vitale Partei zeichnet sich durch Alleinstellungsmerkmale aus und hat klare politische Zielvorstellungen. Wenn eine Partei außerdem in der Lage ist, zur Durchsetzung ihrer Ziele Kooperationen mit anderen Parteien und Gruppierungen einzugehen, sind wesentliche Voraussetzungen politischer Gestaltungskraft erfüllt.

Die Partei DIE LINKE verfügt über kräftige Alleinstellungsmerkmale. Um nur drei davon zu nennen: Sie ist die einzig aufrichtige Antikriegspartei in unserem Land. Sie ist die konsequenteste Verfechterin einer solidarischen Rentenpolitik. Sie tritt seit 2003 vehement für die Einführung eines bundesweiten Mindestlohns ein. DIE LINKE vertritt überdies auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eine Politik hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die das Ziel hat, gleiche Chancen in der persönlichen Entfaltung für alle Bürger zu gewährleisten. Sie vertritt eine Politik, welche die immer stärker werdende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich überwinden, also die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben stoppen will. DIE LINKE kämpft gegen den schleichenden Demokratieabbau und für einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Sie sucht letztendlich nach Alternativen, die real existierende Erscheinungsform eines menschenfeindlichen Kapitalismus zu überwinden. Sie tut dies auf allen politischen Ebenen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz.

Für das letztgenannte Ziel ist es allerdings schwer, Bündnispartner zu finden. Auch in der Frage Krieg und Frieden ist ein Mitregieren auf der Bundesebene wegen der Haltung aller anderen Parteien äußerst problematisch. Aber dass es möglich ist, in vielen Politikfeldern parteienübergreifend zu agieren, zeigt unser Bundesland. Die rot-rote Zusammenarbeit, die in bestimmten Bereichen auch auf die Unterstützung anderer Parteien rechnen kann, wird von einer großen Mehrheit der Brandenburger Bürger akzeptiert und tut dem Land gut. Was die LINKE – auch in Brandenburg – noch nicht so gut kann, ist, die eigenen politischen Leistungen und Ziele wirkmächtig zu „vermarkten" – im Gegensatz zu den vollmundigen Ansagen ihrer Bündnis- oder Kooperationspartner.

Auf der kommunalen Ebene gibt es Hunderte gut funktionierender Beispiele für die Zusammenarbeit der LINKEN mit anderen Parteien. Das reicht von gemeinsam unterstützten Landräten und Bürgermeistern über Bündnisse mehrerer Parteien und Bürgerinitiativen bis hin zur Führungsrolle der LINKEN in solchen Bündnissen. Ausgeschlossen ist selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen am rechten Rand. Alle Formen der sachlichen Kooperation mit demokratischen Kräften zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sollten zum alltäglichen politischen Geschäft gehören. Da müssen ideologische Differenzen hintan gestellt werden, solange die realistische Möglichkeit besteht, politische Ziele im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Fundamentalopposition auf kommunaler Ebene zeugt vielleicht für naive Gemüter von Konsequenz und Geradlinigkeit, kann aber nur in Ausnahmesituationen den Versuch ersetzen, sich auf die „Mühen der Ebene" einzulassen, sprich: Mitgestaltung zu üben. Vor Ort, mit Akteuren, die schon von früher oder als Nachbarn bekannt sind, liegen die Dinge oft anders als in der „großen Politik". Während beispielsweise eine Zusammenarbeit der LINKEN mit der Landes-CDU gegenwärtig fast undenkbar erscheint, stehen die Chancen auf der kommunalen Ebene, speziell auch in Brandenburg an der Havel, gar nicht so schlecht, sich im Hinblick auf einzelne Projekte zusammenzuraufen. Diese Möglichkeit sollten wir beherzt, mit der gebührenden Weitsicht und ohne Gesinnungslumperei nutzen.

L. Krakau


Vertreter der Stadt-CDU besuchten den Jahresauftakt der LINKEN 2012

Kolumne

Bloßes Wegsperren hilft niemandem


Karin Heckert

Erfolgreiche Resozialisierung von Straftätern ist der beste Opferschutz. Deshalb sind die Intentionen von Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg im Entwurf des Resozialisierungsgesetzes genau richtig. Es ist sowohl wissenschaftlich als auch statistisch nachgewiesen, dass Straftäter wesentlich seltener rückfällig werden, wenn geeignete Resozialisierungsmaßnahmen bereits während der Haftzeit greifen. Der Justizminister hat recht: „Bloßes Wegsperren hilft niemandem." Deshalb zeigt der vorliegende Referentenentwurf für das brandenburgische Resozialisierungsgesetz Möglichkeiten, wie es gelingen kann, Straftäter für ein straffreies Leben nach verbüßter Haft erfolgreich vorzubereiten.

Unverantwortlich ist in diesem Zusammenhang der gnadenlose Populismus der märkischen CDU. Offenbar ist selbst der rechtspolitische

Menschenrechte gelten auch hinter Gefängnismauern



Dr. Volkmar Schöneburg, Minister der Justiz des Landes Brandenburg

Der Brandenburgische Justizminister, Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE), macht bundesweit Schlagzeilen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik führt ein Linker in einem Land das Justizressort. Im Auftrag der LINKEN wurde Schöneburg von einem Mitglied des Justizministeriums interviewt. Wir geben das Interview in leicht gekürzter Form wieder.

Gibt es so etwas wie eine „linke Justizpolitik“?

Dr. Volkmar Schöneburg: Im Fokus meiner Arbeit steht die Resozialisierung. Natürlich muss jeder Täter seine Strafe bekommen. Doch bloßes Wegsperren hilft niemandem. Um einige Stichworte zu nennen: menschenwürdige Unterbringung, Ausbildung, Arbeit hinter Gefängnismauern, Chancen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Dies scheint aber nicht so gut anzukommen. Der Vorwurf an Sie lautet: Bevorzugung von Straftätern, Vernachlässigung der Opfer.

Dr. Volkmar Schöneburg: Das ist Unsinn! Ich unterstütze die Opferberatung und -hilfe jedes Jahr mit hohen sechsstelligen Beträgen. Daneben steht fest: Ein resozialisierter Täter ist der beste Schutz für die Gesellschaft und die Menschenrechte gelten für alle Menschen gleichermaßen.

Zu großer Aufregung hat Ihre Forderung geführt, Langzeitverurteilten bereits nach fünf Jahren Hafturlaub zu gewähren.

Dr. Volkmar Schöneburg: Zunächst einmal ist das nicht allein meine Forderung; zehn Bundesländer haben sich auf einen Musterentwurf zum Landesstrafvollzugsgesetz verständigt. Dass sich die Empörung gegen mich richtet, hat wohl etwas mit meinem Parteibuch zu tun.

Was bewog die Justizminister zu dieser Fünf-Jahres-Regel?

Dr. Volkmar Schöneburg: Zur Klarstellung: Gefangene sollen die Chance erhalten, nach fünf Jahren einen Antrag auf Hafturlaub zu stellen. Die Bewilligung eines Langzeitausganges erfolgt erst nach einer strengen Einzelfallprüfung. Grundidee des Musterentwurfs insgesamt ist der verfassungsrechtlich vorgegebene Resozialisierungsanspruch. Die Wissenschaft sagt uns, dass spätestens nach vier bis fünf Jahren im Gefängnis eine Desozialisierung einsetzt. Dadurch kommt man draußen vielfach nicht mehr klar. Die Folge sind erneute Straftaten. Gerade als LINKER will ich dem begegnen und den Verfassungsauftrag ernst nehmen.

Sie haben sich gegen den „Warnschussarrest“ für jugendliche Straftäter ausgesprochen.

Dr. Volkmar Schöneburg: Aus meiner Sicht ist diese schwarz-gelbe Idee ein untaugliches, populistisches Pseudo-Sanktionsinstrument. Einsperren sollte insbesondere bei sehr jungen Menschen nur das letzte Mittel sein. Viel besser wäre eine kluge Sozialpolitik nach Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit.

Beim Thema Sicherungsverwahrung zeigt der LINKE Justizminister auch ein eigenes Profil. Warum?

Dr. Volkmar Schöneburg: Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom Mai 2011 meine kritische Haltung zur Sicherungsverwahrung bestätigt. Die Politik geht z. T. in eine falsche Richtung. So gehört die Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht ausnahmslos abgeschafft. Dies habe ich bereits im Dezember 2010 im Bundesrat gefordert. Besonders jugendliche Täter müssen erzogen, gebildet und geformt werden. Der Jugendstrafvollzug ist primär am Erziehungsgedanken ausgerichtet! Die Beibehaltung der Sicherungsverwahrung ist hier nicht nur systemwidrig, sondern verbaut jugendlichen Straftätern auch jegliche Chancen.

Redaktion Havelbrandung

Kolumne (2)

Sprecher der CDU-Landtagsfraktion an einer sachlichen Debatte nicht interessiert, wenn er vom „täterfreundlichsten Strafvollzugsgesetz in Deutschland“ spricht. Damit instrumentalisiert die CDU wieder einmal ein sensibles Thema für ihre populistische Fundamentalkritik. Dabei nimmt sie die Verängstigung von Bürgerinnen und Bürgern billigend in Kauf. Verantwortungsvolle Oppositionspolitik geht anders!

Zweifellos sind Opferschutz, Opferentschädigung und vor allem Opferbetreuung wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Aber es hilft den Opfern nicht, wenn Täter nach Verbüßung ihrer Strafen unvorbereitet in die Freiheit entlassen werden.

K. Heckert

Frischer Elan und klarer Kurs

Die LINKE vor großen Herausforderungen

Die neu gewählte Doppelspitze hat bereits in den ersten 120 Tagen bewiesen, dass sie das Zeug hat, die angeschlagene LINKE aus ihrem Tief zu führen: Katja Kipping, die junge Frau aus dem Osten, Jahrgang 1978, Studium der Slawistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaften, ist seit 2003 stellvertretende Parteivorsitzende und gehört seit 2005 dem Deutschen Bundestag an. Außerdem, nicht ganz unwichtig, ist sie seit kurzem Mutter.

Bernd Riexinger, der gestandene Gewerkschafter aus dem Westen, Jahrgang 1955, Mitinitiator der Proteste gegen die sozialfeindliche Agenda 2010, machte zuletzt durch die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken von sich reden. Überdies war er in der Friedensbewegung tätig, insbesondere als das kleine Vietnam einst von den USA überfallen wurde.

Den beiden kann man zutrauen, die Annäherung zwischen Ost- und Westlinken voranzutreiben. Dass eine so komplizierte Vereinigung wie die zwischen ehemaliger PDS und ehemaliger WASG nicht ohne Konflikte vor sich gehen konnte, verwundert nicht. Denn die Jahrzehnte lang unterschiedliche Entwicklung im zweigeteilten Deutschland als Folge des II. Weltkriegs, auch die unterschiedlichen Herkünfte und Lebensentwürfe der Mitglieder können und sollen nicht von heute auf morgen ungeschehen gemacht werden. Zumal die Vereinigung auf gleicher Augenhöhe stattfand, ganz im Gegensatz zum Schicksal anderer DDR-Parteien, die ohne viele Umstände und innerhalb kürzester Zeit von den großen Parteien der Bundesrepublik vereinnahmt worden sind.

Katja Kipping überraschte die Öffentlichkeit kurz nach dem Parteitag mit dem Vorschlag, alle Einkommen, die über 40.000 Euro liegen, mit 100 % zu versteuern. Ihr Argument, mehr Lebensqualität lasse sich auch mit noch so hohem Gehalt nicht erreichen, hat bei den Angesprochenen für heftige Abwehrreflexe gesorgt. Aber ist es denn fair und anständig, dass in der reichen BRD fast 23 % der Erwerbstätigen mit Niedriglöhnen abgespeist werden, davon 1,4 Millionen mit einem Stundenlohn von unter 5 Euro, während sich in den Händen weniger Millionäre 2,2 Billionen Euro konzentrieren? Kipping steht auch für die Forderung, Institutionen der Grundversorgung – Gesundheitswesen, Wärme- und Energielieferer, Post und Bahn – nicht zu privaten Spekulationsobjekten zu machen.

Bernd Riexinger unternahm derweil eine intensive Kennenlerntour durch die Landesverbände Ostdeutschlands. Im Ergebnis hat er u. a. die Angleichung ostdeutscher Renten an das Westniveau zu seinem Thema gemacht. Nachdem Kanzlerin Merkel bereits 2009 Schritte in diese Richtung versprochen hatte, ist dann leider nichts passiert. Viele Ostdeutsche, zumal wenn sie keine Betriebs- oder anderweitige Zusatzrente beziehen, sind auf diese Erhöhung dringend angewiesen.

Das neue Führungsduo hat sich außerdem vorgenommen, die Vernetzung der LINKEN weiter voranzutreiben. Dass bei den zahlreichen Initiativen immer diejenigen im Mittelpunkt stehen, die in diesem Staat keine ausreichende Lobby haben, versteht sich von selbst. Gerade das aber stößt in bestimmten Kreisen auf wenig Gegenliebe, was die Attacken beweisen, die z. B. von den bürgerlichen Medien geritten werden.

Aber wie sagt der Volksmund: „Die Karawane zieht weiter, egal, ob die Hunde bellen oder nicht.“

W. Weise

PRO und KONTRA

Eigentlich hatten wir uns das Pro und Kontra für diese Ausgabe der „Havelbrandung“ anders gedacht. Am Anfang stand eine Frage: Ist es erlaubt, das fünfte Gebot – „Du sollst nicht töten.“ – außer Kraft zu setzen, wie das der ehemalige Pfarrer und heutige Bundespräsident Joachim Gauck in bezug auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr getan hat?

Dann gingen wir auf die Suche nach Experten, die zu dieser Frage eine bejahende oder eine verneinende Position einnehmen. Wir haben mit vielen potentiellen Autoren gesprochen, sogar das Büro von Friedrich Schorlem-mer kontaktiert, aber am Ende nur abschlägige oder ausweichende Antworten erhalten. Dann fragten wir uns: Warum lassen wir Joachim Gauck nicht einfach selber sprechen, zitieren wörtlich aus seiner Ansprache bei der Führungsakademie der Bundeswehr? Und warum verlassen wir uns für die Gegenrede nicht auf „das Volk“? Im Internet wimmelt es von Foren, auch solchen, die auf Gaucks berühmt-berüchtigte Rede reagieren, zum Beispiel bei „Spiegel online“, wo sich auch Gaucks Rede nachlesen lässt: (www.spiegel.de) Die – meist jugendlichen – Blogger haben verrückte Decknamen wie *TrueType* oder *OneLifeOnly*, aber ihre Ansichten sind alles andere als verrückt. Gesagt – getan. Hier kommt unsere Zitatensammlung. Kommentare erübrigen sich.



Lieber angestrengt lernen als im Krieg sterben! (Fachhochschule Brandenburg)

„Gewalt kann notwendig und sinnvoll sein.“

Auszüge aus der Rede von Joachim Gauck bei der Führungsakademie der Bundeswehr

PRO

„Und nun stehe ich vor Ihnen in Hamburg als Bundespräsident des vereinten Deutschland, ich stehe vor der Bundeswehr, zu der ich seit 22 Jahren auch „meine Armee“ sagen kann. Und bin froh, weil ich zu dieser Armee und zu den Menschen, die hier dienen, aus vollem Herzen sagen kann: Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sie ist eine Stütze unserer Freiheit.“

„Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor zwanzig Jahren für möglich gehalten? Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden – mit allen Gefahren für Leib, Seele und Leben.“

„Wir denken nicht gern daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer körperlichen oder seelischen Gesundheit bezahlt haben. Und dass es wieder Deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“„Die Abscheu gegen Gewalt ist verständlich. Gewalt, auch militärische Gewalt, wird immer auch ein Übel bleiben. Aber sie kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben – notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden.“

„Freiheit ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung selbstverständlich. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld von Staat und Demokratie. Manche verwechseln Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit und Hedonismus (Streben nach Sinnenlust und Genuss, Redaktion HB). Andere sind sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz erfordert, Aufmerksamkeit, Mut, und manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.“

„Hier, in der Bundeswehr, treffe ich auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen auf „Mut-Bürger in Uniform“! Man trifft diese Bereitschaft auch an anderen Orten, in vielen sozialen Berufen etwa oder wenn man die Orden verleiht, die ein Bundespräsident verleihen darf. Für solche Menschen hat das Wort „dienen“ keinen altmodischen Klang, es ist Teil ihres Lebens oder – wie in Ihrem Fall – auch Ihres Berufes.“ „Die Bundeswehr ist zu einem Friedensmotor geworden.“

Jesus in deutscher Kampfuniform?

Eine kleine Blütenlese in der Blogger-Szene

KONTRA

„Wes Brot er isst, des Lied singt er auch, der Gauck-Jogi. Er weiß, was sich gehört für den Bürger eines Staates, der der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist und schon zwei Weltkriege angefangen hat“, resümiert *TrueType*. Und *Eschenbürger* fügt hinzu: „Das ist eine unerträgliche Kriegshetze.“ Dagegen gibt sich *Arivato* ironisch: „Nachdem die Operation Afghanistan so gut geklappt hat und bald erfolgreich abgeschlossen ist: Wer kommt denn als nächstes dran, Herr Gauck? Wie wäre es mit Nord-Korea? Da sieht es seit ewigen Zeiten auch sehr finster aus! Oder würden Sie lieber ein Land bevorzugen, das von den USA ausgesucht wird – natürlich nur im Namen der Freiheit.“

Ebenfalls in Ironie übt sich *talusiv*: „So begeistert, so begeisternd hat unser neuer Bundespräsident gesprochen, dass man ihn förmlich vor sich sieht: Messer zwischen den Zähnen, Granate in der (explosiven) Rechten, den Schild zur Abwehr aller vernünftigen Argumente mit der Linken über den Kopf erhoben! Schickt Gauck an den Hindukusch!“

Indiantiger und *ck1234567* versetzen sich in die Rolle der Soldatinnen und Soldaten: „Es gehört nicht viel Mut dazu, in Sicherheit Reden zu halten oder Instruktionen zu erteilen. Vom Äußersten ist man dabei weit, weit weg. Und ob es tatsächlich unsere Freiheit ist, die die Soldaten im Ausland verteidigen, sei dahin gestellt.“ „Als Soldatin oder Soldat lernt man weder Freiheit noch Verantwortung, nur Gehorsam. Herr Gauck, bei welchem der aktuellen Kriege könnten Sie sich Jesus in deutscher Kampfuniform vorstellen?“

Den Bezug zur Religion stellt auch *OneLifeOnly* her: „Mein Gott, bitte erhöre mich! Wie kannst du zulassen, dass einer deiner Pfaffen nun auch noch zum Kriegstreiber wird?“ Und *Catman* ergänzt: „Genau diese arrogante und imperialistische Gesinnung ist es, die für ideologische Rattenfänger, egal ob religiös, politisch oder gar beides, den bestmöglichen Nährboden liefert.“ *Toysoldier* fügt hinzu: „Krieg erzeugt keinen Frieden, bestenfalls temporäre Unterwerfung.“ Noch schärfer äußert sich *freestone*: „Endlich darf jeder Bürger aus Gaucks Mund hören, was unter seiner vielgepriesenen Freiheit zu verstehen ist: Töten.“

Und *grauhut* erinnert an Gaucks Vor-Vorgänger: „Der Ex-Bundespräsident Horst Köhler hat deutlich formuliert, weshalb es deutsche Kriegseinsätze gibt: „Meine Einschätzung ist aber, dass wir insgesamt auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen im Handel, auf Arbeitsplätze und Einkommen negativ zurückschlagen würden.’ Das nenne ich Klartext, der den Mächtigen aber zu klar war. Köhler musste seinen Hut nehmen.“

Zum Schluss sei *sysop* zitiert: „Am interessantesten ist, dass diesmal alle, bis auf DIE LINKEN, diesen in der Vergangenheit lebenden Pfarrer zum Bundespräsi gewählt haben!“

Redaktion Havelbrandung

Inklusive Gesellschaft

Ein erreichbares Ziel?



Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft ist das Hauptziel des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, kurz Behindertenrechtskonvention. Diese ist in unserem Staat seit März 2009 geltendes Recht.

Was bedeutet „inklusive Gesellschaft“? Jeder kann, unabhängig von körperlicher und geistiger Verfassung, Alter, Geschlecht, Lebensform und sozialem Status gleichberechtigt und selbstbestimmt sein Menschenrecht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwirklichen. Fokussiert auf die Behindertenrechte heißt das: Diese können nur gewährleistet werden, wenn der Staat in der Lage ist, allen Menschen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die zunehmende soziale Ungleichheit aber zersetzt demokratische und inklusive Werte und hindert eine Gesellschaft daran, Inklusion zu leben.

Erfahrungen im Lebensalltag von Menschen mit Behinderung zeigen, dass sich zwar in Sachen Barrierefreiheit, geschützte Ausbildungs- und Arbeitsplätze oder medizinische Betreuung einiges getan hat, dass aber die Möglichkeiten einer umfassenden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben allein schon an der finanziellen Not vieler Betroffener scheitern. Ganz zu schweigen von aktuellen Tendenzen einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, die auch vor Behinderten nicht Halt macht (so Professor Heitmeyer in einer Langzeitstudie). Als Stadtverordnete und Mitglied der Landes-AG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ versuche ich, diesen ganzheitlichen Blickwinkel einzubringen. Gegenwärtig geht es um die Erneuerung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes Brandenburg. Dieses muss den Anforderungen der UN-Konvention angepasst werden, was u. a. heißt: Weg von der rein medizinischen Betrachtungsweise von Behinderung und hin zu einer Sicht auf die Behinderten als soziale Wesen mit besonderen Bedürfnissen, aber auch Fähigkeiten! Da Behindertenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, wird es notwendig sein, auch die anderen Landesgesetze anzupassen, z. B. das Schul- und das Baugesetz. Nicht ohne Grund stand unser diesjähriger Aktionstag unter dem Motto: „Jede Barriere ist eine Barriere zu viel.“

K. Huch

Gnadenloser Kampf

Schlecker und kein Ende

Das Handelsunternehmen Schlecker ist inzwischen Geschichte. 25.000 Verkäuferinnen haben diesen Konkurs zwar nicht mit ihrem Leben, wohl aber mit ihrer Kündigung bezahlen müssen. Sie waren keineswegs die ersten, die es erwischt hat. Vor nicht allzu langer Zeit gab das Versandhaus Quelle seinen Geist auf. Derzeit kriselt es in der Solarbranche, bei den Autoherstellern und den Schiffswerften. In Brandenburg/Havel steht eine Wurstwarenfabrik vor dem endgültigen Aus. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass es weitere Unternehmen treffen wird.

Unternehmen, die sich auf dem Markt nicht mehr behaupten können, müssen durchaus nicht Opfer von Managementfehlern oder eigener Misswirtschaft sein. Es reicht schon, wenn ihre Wachstumsraten stagnieren. Stagnation bedeutet bereits Niedergang. Denn kapitalistische Wirtschaft funktioniert nicht ohne den Zwang, Profit zu machen, Wachstum um jeden Preis hervorzubringen und dem Zinsdruck durch Flucht nach vorn – sprich: riskante Spekulationen und Steuertricksereien – zu entkommen. Motto: „Rette sich, wer kann“ und „Jeder ist sich selbst der Nächste.“

Die Folgen dieses gnadenlosen Konkurrenzkampfes hat in erster Linie die einfache Frau, der einfache Mann von der Straße auszubaden, die nichts dafür können, dass ein Unternehmen pleite gegangen ist. *W. Weise*

Ludwig: „Schönbohm wird 75..

...nehmen wir Haltung an!“

Na sicher ist es legitim, Jörg Schönbohm zu ehren, besonders wenn man seinen politischen Frust über Rot-Rot nicht anders loswerden kann. Saskia Ludwig, Ex-Chefin der CDU-Landtagsfraktion, sah sich nicht nur in der Pflicht, ihr zweites Kind zu stillen, sondern auch ihre Wut über die angeblich von SPD und Staatskanzlei gelenkten Medien. Als Abflussorgan ihrer Rage wählte sie die „Junge Freiheit“, ein Blättchen, das mitnichten von den bösen Roten gelenkt wird, eher von der NPD. Über die Wahl gerade dieses Mediums kann nur überrascht sein, wer das Wirken des CDU-Tandems Ludwig-Dombrowski in den letzten Jahren nicht verfolgt hat. Der Jubilar Schönbohm beklagte übrigens schon 2009 in der MAZ die ostdeutsche „Lust am Beleidigtsein“, die offenbar auch vor CDU-Leberwürsten nicht Halt macht. Übrigens ist Saskia Ludwig langjähriges Mitglied des Programmausschusses beim Fernsehrat des ZDF. Hoffentlich tritt sie hier genauso vehement für die Unabhängigkeit der Medien ein. Oder hat der Rat mittlerweile die Nase voll von Ludwigs unchristlicher Unversöhnlichkeit?

H.-Jo. Laß

Der Tod ist ein...

...Meister aus Brandenburg

„Schaut euch an, was diese Menschen getan haben, um es dann für immer der Vergangenheit angehören zu lassen“, mahnte Brandenburgs stellvertretender Ministerpräsident Helmuth Markov (DIE LINKE) am 17. August in seiner Rede zur Eröffnung der Euthanasie-Gedenkstätte am Nicolaiplatz. Rund 250 Gäste, darunter mehr als 40 Angehörige der Opfer, hatten sich auf dem Gelände des ehemaligen alten Zuchthauses versammelt, dem Ort, an dem 1940 mitten in unserer Stadt mehr als 9.000 psychisch Kranke und Behinderte, darunter nicht wenige Juden, einen qualvollen Tod fanden. Mit der „Aktion T4“ der Nationalsozialisten wurde sogenanntes „unwertes Leben“ durch Giftgas ausgelöscht und gleich vor Ort in einem mobilen Krematorium eingeäschert.

Die Mörder von Brandenburg führten später ihr schmutziges Handwerk in Vernichtungslagern wie Auschwitz oder Majdanek fort. Und so schrieb Peter Fischer vom Zentralrat der Juden in Deutschland unserer Stadt ins Stammbuch: „Niemand kann den Namen Brandenburg an der Havel von



der Shoah abtrennen.“ Weitere Redner und Gäste waren der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Günter Morsch, die Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau (DIE LINKE) und OB Dietlind Tiemann (CDU). Sie und ihre Verwaltung seien hiermit aufgefordert, nicht nur Betroffenheit ob der Opfer des Nationalsozialismus zu zeigen, sondern ihre Strategie des Ignorierens heutiger neonazistischer Umtriebe und Aufmärsche in unserer Stadt aufzugeben.

Mit dieser Gedenkstätte ist endlich auch in Brandenburg ein würdiger Ort der Mahnung und Erinnerung an die beispiellosen Verbrechen der Nationalsozialisten entstanden. Versuche im Vorfeld, die Stätte mal eben „allen Opfern von Totalitarismus und Extremismus“ zu widmen, wären einer unsäglichen Verharmlosung des Nazi-Terrors gleichgekommen.

D. Herzog

Perspektiven gegen Kinderarmut finden

Ein Interview der Havelbrandung mit Diana Golze

Die Rathenower Bundestagsabgeordnete Diana Golze hat derzeit den Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages. Die Kommission, ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gibt es seit 1988. Der Vorsitz wechselt alle neun Monate unter Berücksichtigung der Fraktionsgröße.



Diana Golze, MdB DIE LINKE

Welchen Themen widmet sich die Kinderkommission unter Ihrem Vorsitz?

Diana Golze: Es geht vorrangig um zwei Schwerpunktthemen: um die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen und um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen mit Expertinnen und Experten darüber sprechen, wie sich die Situation von armen Kindern in den letzten Jahren entwickelt hat, welche Konsequenzen Armut auf die Perspektiven der Kinder hat und welche Lösungswege es gibt, um allen Kindern ein Aufwachsen frei von Armut zu ermöglichen.

Kein Bock auf Politik – das hört man oft von jungen Leuten. Aber wenn sie das Gefühl haben, es geht sie selbst etwas an und sie können auch tatsächlich etwas bewegen, kann man sie für Politik interessieren.

Welche Methoden gibt es dafür, welche Wünsche haben die Jugendlichen, woran erkennt man eine kindgerechte Kommune? Diese Fragen werden wir u.a. in einer öffentlichen Anhörung beleuchten.

Welches Selbstverständnis hat die Kinderkommission, der sie bereits seit 2005 angehören?

Diana Golze: Die Kinderkommission versteht sich als Lobby für alle Unter-18-Jährigen und als ihr Sprachrohr im Deutschen Bundestag. Gerade für diese Menschen braucht es jemanden, der den Finger in die Wunde legt.

Die Kinderkommission arbeitet nach dem Konsensprinzip. Wie bewerten Sie diese Arbeitsweise?

Diana Golze: Alle Beschlüsse müssen einstimmig sein, d.h. jeder von uns muss bereit sein, Kompromisse im Interesse der Kinder zu schließen. Dies klappt gut, solange alle Beteiligten auch mal nicht an ihr Parteibuch denken. Ich muss zugeben, dass es eine Zeit gab, in der das besser funktioniert hat. Grundsätzlich ist es aber u.a. dieses Prinzip, das die Arbeit in der Kommission so interessant macht, weil eben nicht eine Mehrheit über eine Minderheit bestimmen kann.

Wie kinder- bzw. auch elternfreundlich ist der Arbeitsplatz Bundestag?

Diana Golze: Ach, mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. Die Arbeitszeiten sind natürlich extrem familienunfreundlich, aber zum Glück kommt mir z. B. mein Arbeitskreis entgegen. Sitzungen beginnen eben erst, wenn die Kinder in der Schule sind. Andere Dinge mussten wir Eltern uns erkämpfen. So gibt es im Bundestag inzwischen Still- und Wickelräume und man darf auch mal mit seinem kranken Kind von zu Hause aus arbeiten, ohne dafür Abzüge hinnehmen zu müssen. Das war bis vor kurzem keine Selbstverständlichkeit.

Mit welcher Schulnote würden Sie das Agieren von Familienministerin Kristina Schröder beurteilen – und warum?

Diana Golze: Mit einer glatten 6. Sie tut nichts zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden und das Elterngeld wurde nicht erhöht, obwohl der Koalitionsvertrag beides versprach. Die Kommunen kämpfen um jeden Cent für die Schaffung einer guten Kita-Betreuung, aber die Ministerin will lieber 2 Mrd. Euro jährlich für ein sogenanntes Betreuungsgeld ausgeben, das die Kinder von der Kita und die Mütter vom Arbeitsmarkt fernhält. Und die Projekte gegen Rechtsextremismus stehen dank der Ministerin unter dem Generalverdacht des Verfassungsbruchs. Mit einer modernen Familien- und Jugendpolitik hat das alles nichts zu tun.

Für die Havelbrandung fragte Frank Hübner

Görke Fraktionsvorsitzender

Landtagsfraktion der LINKEN hat neuen Fraktionsvorstand gewählt



Der neue Fraktionsvorstand auf einen Blick

Auf ihrer Klausurtagung Mitte August wählte die Linksfraktion im Landtag Brandenburg turnusgemäß ihren neuen Fraktionsvorstand. Nachdem die bisherige Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser nicht erneut kandidierte, wurde Christian Görke zum Fraktionschef gewählt. Für den Rathenower votierten 18 Fraktionsmitglieder (75 %).

Der Prignitzer Thomas Domres wurde zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Kornelia Wehlan aus Luckenwalde und Margitta Mächtig aus Eberswalde wurden stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Nach der Wahl sagte Görke: „Ich will eine starke Fraktion, eine erfolgreiche Koalition und eine klare linke Entwicklungslinie für Brandenburg. Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler: Gute Arbeit – starke Wirtschaft, gute Bildung für alle, gute gesundheitliche Versorgung, gute Lebensbedingungen für Kinder. Das ist keine Frage der ‚passenden' Ressorts, sondern ein genereller politischer Ansatz. Wir sind die Partei der sozialen Frage. Es geht um das Wohl des Landes – dazu gehört der soziale Zusammenhalt, das ist unser Anliegen."

Der neue Fraktionschef gehört dem Landtag seit Dezember 2003 an. Seit 2007 war er Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion und wirkte im Herbst 2009 für DIE LINKE bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD zur Bildung der rot-roten Landesregierung mit. Seit dieser Legislaturperiode ist er auch finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

F. Hübner

Neues Programm

Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen

Die rot-rote Koalition in Brandenburg hat nach dem Ausstieg der Bundesregierung aus der Finanzierung von öffentlicher Beschäftigung nach Wegen gesucht, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten. Arbeitsminister Günter Baaske wurde von den Koalitionspartnern beauftragt, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Erste Ergebnisse liegen nun auf dem Tisch. So sollen Langzeitarbeitslose durch eine individuelle Betreuung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Dazu wird ein neues Förderprogramm im Umfang von 22 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) aufgelegt. Das Programm finanziert sog. Integrationsbegleiter, die Langzeitarbeitslose zielgerichtet und individuell unterstützen, sie passgenau in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermitteln und nach der Arbeitsaufnahme bis zu sechs Monate betreuen sollen.

Derzeit gibt es in Brandenburg etwa 52.000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. Insgesamt sollen im Programmzeitraum bis März 2015 etwa 10.000 Langzeitarbeitslose erreicht werden. Die Förderung können die Kreise und kreisfreien Städte, an ihrer Stelle aber auch Arbeitsfördergesellschaften oder Bildungsträger, beantragen. Die Projekte erfolgen in enger Abstimmung mit den zuständigen Jobcentern. Es werden bis zu vier Begleiterinnen und Begleiter pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt gefördert.

Infos unter: www.lasa-brandenburg.de.

Ch. Görke

Auf Sommertour

MdB Kirsten Tackmann und Sabine Stüber in Ribbeck und Nauen



Besuch auf dem Havellandhof in Ribbeck

Im Rahmen der diesjährigen Sommertour der LINKEN besuchten die Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann und Sabine Stüber Nauen. Begleitet vom Vorsitzenden des Ortsvorstandes der LINKEN und Kreistagsabgeordneten Siegfried Lück und der Vorsitzenden der Linksfraktion in der SVV Nauen, Susanne Schwanke-Lück, ging es zunächst zum Havellandhof in Ribbeck. In entspannter Atmosphäre stellte Peter Kaim seinen Betrieb vor. Von der Milchproduktion über die Erprobung unterschiedlicher Fruchtfolgen und Bodendecker zur Vermeidung der Bodenerosion bis hin zur Wärmeversorgung durch eine Biogasanlage reichten die Themen, die speziell für die agrarpolitische Sprecherin Kirsten Tackmann von großem Interesse waren. Die Initiative der LINKEN, eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe einzurichten, die aufgrund bestimmter von ihnen nicht zu verantwortender Umstände (Klimawandel, Tierseuchen, Globalisierung) in finanzielle Engpässe geraten, fand die volle Unterstützung Peter Kaims.

Als zweite Station stand die Georg-Graf-von-Arco-Oberschule in Nauen auf dem Besuchsprogramm der Parlamentarier. Hier informierte Rektor Dr. Jürgen Beyer, dass die Bildungsstätte auf gutem Weg zu einer Gemeinschaftsschule ist – mit den Klassenstufen 1 bis 10. Problematisch sei, so Rektor Beyer, dass dem Ganztagsbetrieb immer wieder Steine in den Weg gelegt werden, etwa durch Kürzungen in den Stundenzuweisungen und bei den Honorarmitteln. Außerdem erfuhren die beiden Bundestagsabgeordneten, dass die Schule einen steigenden Anteil von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf verzeichnet. Überrascht zeigten sich die Abgeordneten darüber, dass die von der brandenburgischen Landesregierung neu geschaffenen Lehrerstellen zum Teil nur durch Entfristung bestehender Verträge zustande kamen. Einig war man sich, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten 1250 neuen Lehrerstellen in den nächsten Jahren bei weitem nicht ausreichen werden, sondern die von der LINKEN geforderten 2500 Stellen den tatsächlichen Bedarf realistischer widerspiegeln. *S. Lück*

BUGA-Pläne

Der Vorstand der Landtagsfraktion DIE LINKE und die linken Minister Anita Tack, Dr. Helmuth Markov, Ralf Christoffers und Volkmar Schöneburg informierten sich am 3.09. im Optikpark Rathenow über den aktuellen Vorbereitungsstand der Bundesgartenschau 2015. Zunächst gab Erhard Skupch, Geschäftsführer des BUGA-Zweckverbandes, einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen in den fünf BUGA-Gastgeberkommunen. Komplettiert wurde der Bericht von Michael Brandt, Beigeordneter der Stadtverwaltung Brandenburg/H., und Dr. Hans-Jürgen Lemle, Erster Beigeordneter der Stadtverwaltung Rathenow.



Vor-Ort-Termin mit Christian Görke, Ralf Christoffers, Diana Golze, Dr. Helmut Markov, Anita Tack, Volkmar Schöneburg (v.l.n.r.)

Wie Erhard Skupch informierte, sollen während der gesamten Dauer der BUGA regionale Gärtnermärkte in Havelberg, Rathenow und Brandenburg/H. stattfinden. Ziel ist es, dass regionale Anbieter Produkte aus der Region vermarkten. Aufgrund des hohen finanziellen und personellen Aufwandes stellt die Teilnahme für regionale Kleinbetriebe jedoch eine große Hürde dar. Deshalb warb Skupch bei den Landespolitikern dafür, möglichst bis Ende dieses Jahres positive Rahmenbedingungen für eine Beteiligung solcher Anbieter zu schaffen.

Das touristische Großereignis wird insgesamt mit 60 Millionen Euro aus unterschiedlichen Fördertöpfen unterstützt. Die Investitionen kommen natürlich nicht nur der BUGA und ihren Besuchern zugute, sondern verbessern auch die touristische Infrastruktur in der gesamten Region. Nach diesem Arbeitsgespräch zeigte sich Christian Görke, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, angetan von der engagierten Arbeit der Akteure vor Ort. Auch Finanzminister Helmuth Markov sieht die BUGA-Vorbereitungen auf gutem Weg: „Vor einem Jahr war die Zahl der ungelösten Fragen viel gravierender. Inzwischen überwiegt die Zahl der gelösten Fragen.“ *F. Hübner*

Baum des Jahres gepflanzt

MdB Dr. Kirsten Tackmann sponsert Europäische Lärche

Mindestens ebenso wichtig wie die Tätigkeit unserer Abgeordneten in den Parlamenten ist ihr Wirken in den Basisorganisationen. Neben den fast täglich stattfindenden persönlichen Gesprächen und vielen anderen Aktivitäten ist die ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen für LINKE Kommunalpolitiker selbstverständlich. So übt der langjährige Stadtverordnete der LINKEN in Friesack, Dr. Karl-Heinz Kühnau, auch die Funktion eines Co-Vorsitzenden des Landschaftsfördervereins „Friesacker Pforte“ aus. „Wir haben u.a. dafür gesorgt, dass der Alte Rhin kontinuierlich mit Wasser versorgt wird, damit das anliegende Naturschutzgebiet nicht austrocknet. Wir haben die 24 Bäume des Jahres und den Baum des Jahrtausends, den Ginkgo, in einer Allee entlang des Rhinkanals gepflanzt“, berichtet Dr. Kühnau. Anlässlich des diesjährigen Baumfestes wurde in Friesack der Baum des Jahres 2012, die Europäische Lärche, gepflanzt. Den Baum hat die LINKE Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann gesponsert. „Die Aktion zeigt einmal mehr, dass die LINKEN nicht über Naturschutz schwätzen, sondern sich aktiv für den Erhalt und Schutz der Natur einsetzen“, so der Friesacker Stadtverordnete. *K. Heckert*



Auf dass der Baum des Jahres anwachse

Bürgerversicherung – solidarisch und zukunftsfest

Wustermarker Linke lud zur gesundheitspolitischen Info-Veranstaltung ein



Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, referierte in Elstal zur Bürgerversicherung. Die Infoveranstaltung moderierte Tobias Bank.

Kein Platz blieb bei der Veranstaltung „Gesundheitspolitik geht alle an“ leer, zu der die LINKE Wustermark kürzlich in die Elstaler Begegnungsstätte eingeladen hatte. Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, machte deutlich, dass die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in unserem Flächenland oberste Priorität hat. Die zunehmende Beschäftigung von Hilfskräften ohne ausreichende Ausbildung, die fast ausschließlich finanzielle Gründe hat, ist der falsche Weg. „Wir haben in Deutschland das am besten ausfinanzierte Gesundheitssystem der Welt, aber unsere Standards sind nur mittelmäßig“, so Wöllert. Da in den letzten zwanzig Jahren alle Bundesregierungen das Ziel verfolgten, die Sozialausgaben der Arbeitgeber zu reduzieren und sie den Arbeitnehmern bzw. den Patienten aufzulasten, plädiert DIE LINKE für eine Versicherung, in die alle einzahlen, damit auch alle etwas davon haben.

Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung will die DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit sorgen und die Krankenversicherung zukunftsfest gestalten. Die Eckpunkte dieses Ansatzes sind:

- Eine für Alle: Jeder Mensch wird Mitglied der solidarischen Bürgerversicherung.
- Alle Einkommensarten einbeziehen: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen in die Bürgerversicherung ein.
- Beitragsbemessungsgrenze abschaffen: Der Beitrag richtet sich damit nach der finanziellen Leistungsfähigkeit: Wer wenig hat, zahlt also wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr.
- Parität wieder herstellen: Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.
- Private Krankenversicherung als Vollversicherung abschaffen: Sie wird auf Zusatzversicherungen beschränkt. Das in Europa einzigartige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird damit beendet.
- Patientinnen und Patienten entlasten: Praxisgebühr und andere Zuzahlungen, Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft.

Die Mehrzahl der Menschen hätte mit dieser Bürgerversicherung mehr Geld in der Tasche, vor allem Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen würden profitieren.

T. Bank

Solidarität...

... war gestern?

Was steckt dahinter, wenn private Krankenversicherungen mit einem „Steuerspartarif“ werben? Während des Erwerbslebens zahlt man freiwillig höhere Beiträge als bisher, dafür dann aber im Rentenalter niedrigere. Das Ganze hat auf den ersten Blick nur einen positiven Effekt, nämlich in jener Lebensphase mehr zu zahlen, wo man ohnehin mehr Geld zur Verfügung hat.

Schaut man aber genauer hin, so entdeckt man einen weiteren Vorteil: Während des Erwerbslebens ist auch der Einkommenssteuersatz höher als im Rentenalter. Und genau während dieser Zeit kann man durch die höheren Krankenversicherungsbeiträge sein versteuerbares Einkommen senken. Denn Beiträge werden bei der Berechnung der Einkommenssteuer nicht berücksichtigt. Dieser zweite Vorteil geht allerdings auf Kosten all jener Steuerzahler, die sich das beschriebene Steuerschlupfloch nicht leisten können, also der gesetzlich Krankenversicherten. Wenn der privat Krankenversicherte weniger Geld an den Fiskus abführt, so muss die Allgemeinheit dafür aufkommen.

Die Gesetzlichen Kassen können und wollen bei diesem Spiel nicht mittun, weil sie damit ihre Grundsätze verletzen würden: Solidarprinzip, einheitlicher Beitragssatz und gesetzlich fixierter Leistungskatalog.

Von den 9 Millionen Privatversicherten in Deutschland haben bereits 15-20 % einen solchen „Steuerspartarif“ abgeschlossen.

Bei 100 %-igem Abschluss entginge dem Fiskus, “... jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag“, hat die taz ausgerechnet (sonntaz vom 23./24. Juni, S. 27). Beispiele für die staatlich geförderte Aushöhlung des Solidarprinzips gibt es inzwischen viele – hier kommt ein weiteres hinzu.

Dr. U. Sändig

Auf ein Neues!

Diana Golze bewirbt sich als Direktkandidatin

Die Bundespolitik hat die Probleme der ländlich geprägten Regionen aus den Augen verloren. Die letzten beiden Regierungen haben dafür gesorgt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter öffnet. Dagegen etwas zu tun, war und ist mir ein Herzensbedürfnis.

Während meiner Sommertour mit der Landesgruppe der LINKEN erreichten mich zahlreiche Anfragen, ob ich erneut für den Bundestag kandidiere, insbesondere nach Medienberichten, dass meine politischen Mitbewerber im hiesigen Bundestagswahlkreis, Frau Voßhoff und Herr Steinmeier, wieder antreten werden. Viele Menschen haben mich bei zahlreichen Vor-Ort-Terminen in den zurückliegenden Wochen und Monaten darin bestärkt, meine Arbeit im Bundestag fortzusetzen. Deshalb sage ich: Auf ein Neues! Ja, ich trete wieder an – auch als Korrektiv zu CDU und SPD.



Diana Golze, MdB DIE LINKE

Mein besonderer Einsatz gilt auch weiterhin dem Ausbau von flächendeckenden Kita-Angeboten, der Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen und einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung.

Für den Wahlkampf hoffe ich auf zahlreiche Veranstaltungen, bei denen alle Direktkandidatinnen und -kandidaten den Bürgern vor Ort Rede und Antwort stehen. Ich wünsche mir eine ehrliche politische Abrechnung der vergangenen Wahlperioden. Den Auftakt bildet die Wahlkreiskonferenz am 8.12.2012 im Altstädtischen Rathaus in Brandenburg an der Havel. Hier bewerbe ich mich bei den Mitgliedern der LINKEN als Direktkandidatin.

Diana Golze (MdB)

Sommerfest

Die havelländische LINKE feiert





Die LINKE Havelland lud am 31. August zu ihrem diesjährigen Sommerfest. Während Clown Celly die jüngsten Gäste mit Spaß und Spiel unterhielt, nutzten die etwas älteren Besucher das Sommerfest für Gespräche im gemütlichen Ambiente.

Mandatswechsel

Aus der Linksfraktion

Die langjährige Rathenower Stadtverordnete Kerstin Heinrich hat ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgegeben. „Im Namen der Fraktion bedankte ich mich recht herzlich bei Kerstin Heinrich für ihre engagierte Arbeit als Abgeordnete. Nicht zuletzt als Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport hat sie sich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger stark gemacht und die Arbeit der Stadtverwaltung stets im Bürgerinteresse kritisch begleitet“, so Daniel Golze, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Rathenow. Zum 1. September übernahm Frank Hübner als Nachfolger das Mandat als Stadtverordneter. Der 46-Jährige vertrat die Linksfraktion bisher als sachkundiger Einwohner in den Ausschüssen für Wirtschaft sowie für Finanzen und Rechnungsprüfung.

Redaktion Havelbrandung

Was Wann Wo

SEPTEMBER 2012:

25. Sept.	19.00 Uhr	Öffentliche Mitgliederversammlung: Vorstellung der Kandidaten der LINKEN zur Bundestagswahl im WK Osthavelland/Oberhavel Harald Petzold und Marcel Stutz Ort: Bürgerbegegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Wustermark/OT Priort
27. Sept.	19.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Falkensee, Schönwalde/Glien, Dallgow-Döberitz (Vorstellung der Kandidaten der Linken zur Bundestagswahl) Ort: Kulturhaus „Johannes R. Becher“, Havelländer Weg 67/Nauener Str. in Falkensee

OKTOBER 2012:

6. Okt.	9.00-11.00 Uhr	Fraktionssprechstunde DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
9. Okt.	18.00 Uhr	Klausurberatung Kreistagsfraktion DIE LINKE Havelland Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
12. Okt.	18.00 Uhr	Infoveranstaltung zum Konzept „Plan B“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE (mit MdB Dr. Kirsten Tackmann) Ort: Aula der Grundschule Wustermark
16. Okt.	18.00 Uhr	Spätschoppen der Rathenower LINKEN – Zu Gast: Tom Strohschneider, Co-Chefredakteur der Tageszeitung „Neues Deutschland“ Ort: Bürgerbüro der Linken in Rathenow, Märkischer Platz 2
17. Okt.	17.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
18. Okt.	16.00-18.00 Uhr	Infoveranstaltung zum persönlichen Budget für Menschen mit Behinderungen – Veranstaltung mit LAB e.V., mit: MdL Christian Görke und MdL Jürgen Maresch Ort: Rathenow, LAB e.V., Schopenhauer Straße 18c
24. Okt.	17.00 Uhr	„Rot-rote Koalition in Brandenburg – Zusammenarbeit von LINKEN und SPD“ – Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, mit: MdL Christian Görke und Martin Gorholt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kultur Ort: Premnitz, Kulturhaus Fabrikenstraße

NOVEMBER 2012:

1. Nov.	18.00 Uhr	Regionalkonferenz der Kreisverbände Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Potsdam und Brandenburg an der Havel Ort: Potsdam, Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64
3. Nov.	9.00-11.00 Uhr	Fraktionssprechstunde DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
12. Nov.	18.30 Uhr	Nominierungsveranstaltung Direktkandidat/in der LINKEN für den Bundestagswahlkreis 56 Ort: Bluhms Hotel & Restaurant, Maxim-Gorki-Straße 34, in Kyritz
13. Nov.	19.00 Uhr	Öffentliche Mitgliederversammlung zur Gemeindepolitik Ort: Bürgerbegegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Wustermark/OT Priort
28. Nov.	17.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18

DEZEMBER 2012:

1. Dez.	9.00-11.00 Uhr	Fraktionssprechstunde DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18

Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-havelland.de

Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

DIE LINKE.

Ab ins Archiv oder: Staub zu Staub!

Kohnke soll sich als eine Art Stadtschreiber an der Stadtgeschichte vergreifen



Seit das schmiedeeiserne Zunftschild hängt, wissen auch die Touristen: Das Frey-Haus ist das Stadtmuseum

Es ist wohl wahr: Ein Fürst von Pückler der Brandenburger Museumslandschaft ist der biedere Dr. Kohnke nie gewesen. Während jener einfallsreich und intuitiv neue, faszinierende Sichtachsen in Parks und Gärten zauberte, gelang es unserem Museums-Dauerlehrling in mehr als 20 Jahren noch nicht einmal, das Dickicht in seinem Fundus zu lichten, geschweige denn diesen angemessen zu präsentieren. Vielleicht hatte er auch immer nur Angst vor der latenten Feinstaubbelastung seines Arbeitsplatzes, die ja schon bei geringsten geistigen Flügelschlägen den gefürchteten Sessel-Starrkrampf auslösen soll.

Todesmutig schwitzte sich Hans-Georg Kohnke (intern: HGK = Hätte Gern Kompetenz) 2008 dann doch endlich, nach zahllosen vergeblichen Ermunterungsversuchen, ein mageres Papierchen aus den Rippen. Das war aber derart schwächlich, dass selbst die wenigen Buchstaben Mühe hatten, sich daran festzuhalten. Die MAZ titelte: “Papier ... treibt Tiemann auf die Palme“. Auf der saß bereits der gesamte Kulturausschuss. Nun gut, Dietlind ist inzwischen wieder runter, aber die Steigeisen hat sie wohl nach wie vor griffbereit.

Ausgerechnet ein bekannter Historiker mit Namen Wolle baute unserem Museums-Staubfänger zum Jahresanfang 2012 eine goldene Brücke, geeignet zur Flucht aus der Unfähigkeit direkt hinein in eine komfortable Opferrolle. Wolle kritisierte die Verfilzung der Brandenburger Kommunalpolitiker mit dem SED-Regime und seinen Mitläufern; diesen „roten Faden“ griff Museumsopfer Kohnke dankbar auf und röhrte in allen Medien: „Bis heute fühle ich mich von der Stadtverwaltung eher behindert als gefördert.“

Spät, aber hoffentlich nicht zu spät hat die Verwaltung nun Kohnkes wahres Talent erkannt und will ihn ins Archiv (be)fördern. Dem Vernehmen nach soll er sich als eine Art Stadtschreiber an der Stadtgeschichte vergreifen. Nun gut, den Seinen gibt’s der Herr im Schlaf, was diesmal hoffentlich den Büroschlaf mit einschließt, denn wer schläft, sündigt nicht.

Ansonsten wäre das doch mal ein hintersinniger Karrieresprung. Unser Spätverfolgter der SED-Diktatur könnte mit der Klitterung seiner ganz eigenen Museums-Geschichte beginnen. Wer schreibt, der bleibt.

H.-Jo. Laß

Lebenswert, aber wenig Angebote für Junge

1. Stadtteilkonferenz der LINKEN im Brandenburger Stadtteil Nord


Die 1. Stadtteilkonferenz in Nord: Zahlreiche Besucher wollten Ihre Ideen einbringen

Am 23. August hatte die Fraktion DIE LINKE in der SVV Brandenburg zu ihrer ersten Stadtteilkonferenz in die Aula des Brecht-Gymnasiums geladen, um über Zukunftschancen und nötige Veränderungen des mit 9.244 Einwohnern größten Stadtteils der Havelstadt, Nord, zu diskutieren. Als Gäste hatte Fraktionsvorsitzender René Kretzschmar, der den Abend auch moderierte, den Baubeigeordneten Michael Brandt, den Geschäftsführer der Brandenburger Verkehrsbetriebe Werner Jumpertz und den kaufmännischen Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft WBG Norbert Meyne aufs Podium geladen. Etwa 80 zumeist ältere Interessierte nutzten die Gelegenheit, um über ihren Stadtteil ins Gespräch zu kommen.

Jumpertz bezeichnete Brandenburg Nord als den „wohl best angeschlossenen Stadtteil“, was nicht unwidersprochen blieb. Eine junge Frau: „Viel wichtiger als schicke Straßenbahnen finde ich, dass sie öfter fahren.“ – „Ich kann nur so fahren, wie ich Geld bekomme“, gab Jumpertz zu bedenken; bei einer Kostendeckung von 58 % sei jede Ausweitung des Angebots schwierig. Zudem sei eine Verkürzung der Taktzeiten im Jahr 2005 von der Bevölkerung nicht angenommen worden.

Die WBG plant, im Zuge der weiteren Sanierung ihres Bestandes die Grundrisse und Größen der Wohnungen stärker zu variieren, um so auch jungen Menschen und Familien attraktive Angebote unterbreiten zu können. Weitere Diskussionsthemen waren die unbefriedigende Situation rund um den Markt, fehlende Cafés, Bars, Frisörsalons, Papierkörbe und öffentlichen Toiletten, der Leerstand im EKZ Marienberg, ein mögliches zentrales Stadtteilzentrum mit kostenlosen Angeboten für Bewohner und Vereine sowie die Bundesgartenschau (BUGA) 2015.

Bis zur BUGA soll der Nordaufgang des Marienbergs barrierefrei sein. Brandt verteidigte das Vorhaben, während der BUGA Eintritt für den Besuch des Marienbergs zu verlangen; da die Einnahme von ca. 23 Mio. Euro aus Eintrittsgeldern fest eingeplant sei. „Natürlich ist der Marienberg hinterher gebührendfrei zugänglich“, versprach er. Im Gespräch sei jedoch, den dann umzäunten Berg bei einbrechender Dunkelheit zu verschließen und erst zum Sonnenaufgang wieder zu öffnen. Kretzschmar machte deutlich, dass er in dieser Maßnahme keinen wirksamen Schutz vor eventuellem Vandalismus sieht: „Ich finde das schon an der Massowburg nicht gut.“

Viele Beteiligte äußerten den Wunsch, die Veranstaltungsreihe fortzuführen. Das wollte René Kretzschmar nach diesem „geglückten Probelauf“ gern versprechen: In jedem Brandenburger Stadtteil soll eine solche Konferenz organisiert werden.

D. Herzog

Ein bisschen Extra-Senf

Hallo Leute,

ick möchte von mir behaupten, dass ick Friseurin mit Leib und Seele bin. Trotzdem zweifle ick manchmal am Sinn meines Jobs. Kommt da zum Beispiel 'ne Kundin mit'm Gesicht wie'n leerer Eimer und will grüne und lila Strähnen. Am liebsten würde ick der sagen: Mädchen, investier lieber in den Inhalt deines Koppes als in sein Styling. Sag ick natürlich nich, sondern versuch zu retten, wat zu retten ist. Nach dem Motto meiner Oma: Des Menschen Wille ist sein Himmelreich.

Apropos Himmelreich. Davon müssten ja eigentlich die Christdemokraten am meisten verstehen. Bezweifle ick aber. Jestern vertrieb sich eine CDU-Tussi die Wartezeit bei uns in der „Scharfen Schere" mit Kreuzworträtseln. Null Plan bei allen Fragen zur Bibel. Warum lief Moses übert Wasser? – oder so ähnlich. Auch die anderen Kundinnen konnten nicht helfen. Da frag ick mich doch, wozu es eigentlich den „Treffpunkt Kirche" auf der MAZ-Lokalseite jibt, wo sich jedes Wochenende wechselnde Mis-



sionare einen Kommentar abquälen, wenn den sowieso keiner liest? Vielleicht, dachte ick so bei mir, ist die liebe Kundschaft ja wenigstens in punkto sogenannte christliche Werte jebildet, sagen wir mal in Barmherzigkeit beim Trinkgeld – aber dit war denn auch ein typischer Fall von Denkste.

Mein Vater ist ja nach der Wende eines schönen Morgens vor Schreck fast aus dem Bette jefallen, in das er nach seiner Nachtschicht grad jekrochen war, als plötzlich die Kirchenglocken zu bimmeln anfingen. Wofür soll dieser Bimmel-Terror jut sein, fragt er immer, wo doch am Sonntag nur drei alte Weiber aus de Kirche tröpfeln. Man stelle sich mal vor, die Linken würden uns Tag für Tag durch mehrmaliges dröhnendes Abspielen der Internationale nerven. Ick sage ja immer: Wer nervt, hat's nötig. Ick jedenfalls hab dit nich nötig, weshalb ick mich jetzt ooch verabschiede.

Bis denne, Leute. Man liest sich.

Eure Bella Branne

Tropische Hitze, ...

... lateinamerikanische Rhythmen

Das passte dieses Jahr: Das 13. Höfefest in der Brandenburger Altstadt konnte wettertechnisch nicht besser abgesichert sein. Das Volksfest, das mittlerweile bei vielen Havelstädtern einen festen Platz im Terminkalender hat, war wieder großartig besucht. Unter den 35 Höfen, die in der Altstadt zur Besichtigung einluden, war auch der Hof der LINKEN-Geschäftsstelle am Altstädtischen Markt. Ob es das Motto „Fraktion vor Ort" war oder der Ruf der vielen guten Kuchen, die Mitglieder des LINKEN-Stadtverbandes jedes Jahr backen, oder die Anwesenheit der Soli-Organisation Cuba Sí – jedenfalls reichten die Tische, Stühle und Bänke zeitweise nicht aus. Und die fleißigen Helferinnen und Helfer hatten Mühe, mit dem Kaffeekochen, Geschirrabwaschen und später Brötchen-Belegen nachzukommen. Die lateinamerikanische Musik und ein gepflegter Mojito taten ihr Übriges, um bei gut gelaunten Gesprächen die eine oder andere private Information auszutauschen oder auch kommunalpolitische Probleme zu wälzen. Und wer weitere Nachschläge in Sachen Kommunalpolitik vertrug, konnte zum Hof der SPD oder der Grünen weiterziehen. Warum die CDU ihre Beteiligung kurzfristig abgesagt und somit eine Gelegenheit verpasst hat, Politik zum Anfassen zu machen, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht gibt es bei den Christdemokraten zu wenig gute Kuchenbäcker.

Bleibt zu hoffen, dass auch im nächsten Jahr wieder so viele Besucher auf den Hof der LINKEN finden. An unserem Service soll es nicht liegen. *A. Kutsche*



... und gute Gespräche beim Mojito

Kuba kennen viele nur von der Getränkekarte. Zum Beispiel den berühmten Mojito, einen Cocktail on the Rocks aus gestoßenem Rohrzucker, Minze, Limettensaft, weißem Rum und Sodawasser. Selbst der aufmerksame Zeitungsleser erfährt nur wenig über die sozialistische Insel und die Konzernmedien hierzulande zeichnen mit großer Vorliebe ein sehr einseitiges und negatives Bild von Kuba. Eine gute Gelegenheit, sich umfassend über die kubanische Realität zu informieren, gab es beim diesjährigen Höfefest. Schon zum dritten Mal war die AG Cuba Sí mit einem Informationsstand auf dem Hof der LINKEN dabei. Und das Interesse war groß: Wie entwickelt sich Kuba nach dem Parteitag? Kommt die Wirtschaft voran? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit innerhalb der ALBA-Staaten? Für uns, die Mitstreiter von Cuba Sí, sind solche Veranstaltungen immer wieder eine gute Gelegenheit, die Arbeit unserer Soli-Organisation vorzustellen. In der letzten Ausgabe der „Cuba Sí-Revista", die sich viele Besucher mit nach Hause nahmen, berichten wir z. B. über den Aufbau einer Metallwerkstatt in unserem Milchprojekt in Sancti Spíritus. Solche konkreten Informationen bewegten denn auch den einen oder anderen Besucher, ein paar Euro in die Spendenbox zu werfen oder eine Einzugsermächtigung auszufüllen. Cuba Sí arbeitet ausschließlich mit Spenden – und so möchten wir im Namen unserer kubanischen Partner auch den Besuchern des Höfefestes in Brandenburg für ihre Unterstützung sehr herzlich danken.

J. Rückmann (Cuba Sí)

Mehr Freiheit wagen – auch bei Drogen!



Marihuana, Pot, Hasch(isch), Gras, Dope, Shit, Ganja – für Drogen mit dem aus Hanf (Cannabis) gewonnenen Wirkstoff THC, sog. „weiche Drogen", gibt es viele Namen. Und noch viel mehr Konsument_innen: Bis zu 4 Millionen Deutsche kiffen regelmäßig. Und nein, nicht nur die Jugendlichen vom Saldern- und Brecht-Gymnasium rauchen mehr als Tabak. Kiffer_inner sitzen in der hiesigen SVV, im Land- und Bundesstag und leisten dort (zumeist) gute Arbeit. Der Konsum THC-haltiger Wirkstoffe zieht sich durch alle Berufe, Schichten, Städte und Dörfer.

Dass auch in Brandenburg inzwischen regelmäßig Hanf-Plantagen ausgehoben werden, ist ein weiterer Fingerzeig: Diese Droge ist so weit verbreitet wie Nikotin, Alkohol und Koffein. Was spricht dagegen, sie zu legalisieren?

Man stelle sich vor, was passieren würde, wenn es Alkohol nur illegal gäbe. Man müsste sich selbstgebrannten Fusel von Fremden kaufen oder den Schnaps gleich selber brennen, immer in der Gefahr, erwischt oder übers Ohr gehauen zu werden oder sich zu vergiften. Man stelle sich die Schlagzeile vor: „CDU fordert totales Alkoholverbot – Mitgliederzahlen brechen um 80 % ein." Die Droge Alkohol beziehen wir natürlich lieber aus dem Supermarkt – warum nicht auch den Hasch?

Zumal auch der Staat etwas davon hätte, vor allem Steuereinnahmen. Zur Erinnerung: Die Schaumweinsteuer wurde vor 110 Jahren eingeführt, um eine Schlachtschiffflotte fürs Zweite Reich zu bauen. Eine Gras-Steuer für die Sanierung unserer Schulen, vielleicht auch für die Fortbildung von Lehrern, damit sie wirklich kompetent über Drogen aufklären können – das wäre doch ein echter Gewinn! Und die Polizei könnte sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen, z. B. die strikte Einhaltung von Tempo 30 auf Schulwegen durchsetzen oder Steuerhinterziehung nachhaltig bekämpfen.

Was die Wenigsten wissen: Gras hat auch eine medizinische Wirkung, etwa als Mittel gegen bestimmte Schmerzen und Darmerkrankungen. Es könnte quasi als preiswertes und gut bekömmliches Hausmittel angewendet und von den Betroffenen problemlos im eigenen Garten angepflanzt werden.

Nein, es geht nicht darum, dass Menschen in berauschtem Zustand Auto fahren oder arbeiten gehen dürfen. Es geht um einen verantwortungsvollen Umgang mit THC-Drogen, so wie das auch bei Alkohol und Nikotin machbar ist. *Ch. Kühnl*

Selbst organisieren statt zuschauen

Susanne Meier, Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete der Rathenower LINKEN

Mittdreißiger gelten in der Politik noch als Nachwuchs. Nach diesem Maßstab ist Susanne Meier ein Polit-Küken. Die 23-Jährige zog bei der Kommunalwahl 2008 für DIE LINKE sowohl in den havelländischen Kreistag als auch in die SVV Rathenow ein. In der Kommunalpolitik ihrer Heimatstadt mischt sie aber schon weitaus länger mit. Bereits als 14-Jährige gehörte sie zu den Initiatoren des Rathenower Kinder- und Jugendparlaments, dessen Vorsitz sie mehrere Jahre inne hatte. „Kinder und Jugendliche wissen selbst am besten, was sie möchten und was nicht. Deshalb ist es folgerichtig, sich für die eigenen Interessen einzusetzen und aktiv zu werden“, so beschreibt Susanne Meier ihre Motivation, sich bereits als Teeny mit kommunalpolitischen Fragen zu befassen. Und sie fügt hinzu: „Ich wollte schon immer lieber etwas selbst organisieren als nur zuschauen und meckern.“

Die in der Regel fraktionsübergreifende Meinungsbildung in der SVV Rathenow gefällt ihr wesentlich besser als der Politikstil im Kreistag Havelland, wo „die Mehrheit der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU, FDP und Bauern weitaus mehr zählt als ein gutes Argument.“

Allerdings macht sie es auch den Mitstreitern in den eigenen Reihen nicht immer leicht. Als die Rathenower LINKEN bei der Bürgermeisterwahl 2010 beschlossen, den Ersten Beigeordneten Dr. Hans-Jürgen Lemle zu unterstützen, war Susanne Meier anderer Auffassung und plädierte für Amtsinhaber Ronald Seeger. In dieser Situation machte sie zweierlei Erfahrungen: Auch als Küken genießt man nicht ewig Schonzeit. Und: In der politischen Auseinandersetzung bekommt man mitunter Lob aus einer Richtung, aus der man das nicht vermutet hat. Auch in privaten Dingen ist sie eher pragmatisch: „Ich bin Vegetarierin, nicht weil ich Tiere auf der Speisekarte grundsätzlich ablehne, sondern weil ich vegetarische Kost für gesünder halte.“



Nach ihrer bestandenen Bachelor-Prüfung in den Fachrichtungen Politikwissenschaft und Philosophie belohnte sich die Rathenowerin mit einem halbjährigen Auslandsaufenthalt in Kanada. „Ich lernte das Land und viele interessante Leute kennen. Und die neuen Erfahrungen helfen mir, bestimmte Dinge gelassener zu sehen“, so Susanne Meier.

Derzeit wirbt sie für ein neues Vorhaben. Auf dem ehemaligen Reitplatz in Rathenow soll eine Dirtbahn (Lehmhügelbahn) für BMX-Fahrer und Mountainbiker entstehen. Nach den Vorstellungen von Susanne Meier natürlich am besten in Eigenregie und durch Mitarbeit von Jugendlichen. Eben nach ihrem Motto – selbst organisieren statt nur zuschauen und meckern.

F. Hübner

Soziale? Markt? Wirtschaft?

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

Der Begriff setzt sich aus drei Bedeutungen zusammen, die man einzeln nachschlagen kann.

Unter „sozial“ ist zu lesen: „der Gesellschaft dienend, gemeinnützig“; „Markt“ wird definiert als „Gesamtheit der Vorgänge des Kaufs und Verkaufs von Waren“ und „Wirtschaft“ heißt „Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Waren als planmäßiger Prozess sowie die dazugehörigen Einrichtungen“. Allerdings kann man auch gleich nach dem Stichwort „Marktwirtschaft“ suchen und da steht: „Wirtschaft, die von Angebot und Nachfrage auf dem Markt bestimmt wird; Gegensatz: Planwirtschaft“.

Wie bitte? Erst wird der „planmäßige Prozess“ betont, aber dann darf es nicht nach Plan gehn? So umschreibt man wohl eine nichtöffentliche Planung, die sich der demokratischen Kontrolle entzieht. Die Macher bleiben im Hintergrund und verstecken sich hinter „der Wirtschaft“ und „dem Markt“. Alles muss „sich“ rechnen. Ein „Sich“, das rechnen kann, gibt es aber nicht, nur Menschen, die rechnen. Und zwar mit dem höchstmöglichen privaten Gewinn, der angeblich auch der Gesellschaft zugute kommt. „Die soziale Marktwirtschaft unterliegt im Interesse der sozialen Gerechtigkeit gewissen Beschränkungen“, belehrt das Lexikon. Diese Beschränkungen durchzusetzen ist nun allerdings nicht Sache der Wirtschaft, sondern der Politik.

Kann die Politik die sittenwidrigen Niedriglöhne abschaffen? Kann sie die Abwanderung der Produktion in Billiglohnländer stoppen? Die Kapitalflucht eindämmen? Steuergerechtigkeit herstellen? Verfügt sie über die notwendige Macht, sprich: das Geld, um den Abzockern und Bonusrittern das Handwerk zu legen? Will sie das überhaupt? Wo doch nicht wenige Vertreter der politischen Klasse innig mit der Wirtschaft verbandelt sind.

Mag sein, die Idee der sozialen Marktwirtschaft war am Anfang gut gemeint. Aber wie heißt es so schön: Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut.

Dr. U. Sändig



Petra Faderl

31.05.1952 – 02.05.2007

„Die Zeit verwischt so manchen Namen, Menschen werden vergessen, Jahre, die so markant schienen, verblassen, doch einige Bilder bleiben im Gedächtnis.“ (Ilja Ehrenburg)



Du, liebe Petra, bleibst uns im Gedächtnis, auch wenn du uns schon mit 55 Jahren verlassen hast. In Erfurt geboren und aufgewachsen, zog es dich mit Mann und zwei Kindern nach Brandenburg/Havel. Viele Menschen kannten dich, denn du hattest für jeden ein offenes Ohr.

Keine 40 Jahre warst du, als der Neuaufbau unseres Landes begann. Nie bist du deiner linken Gesinnung untreu geworden. Vom ersten Tag an warst du führend in unserer Partei. Ob als Stadtverordnete oder als Mitglied des Landtags – dein wichtigstes Anliegen war immer, dass die Bürger unserer Stadt selbstbestimmt und in Würde leben können.

In Erinnerung an deinen 60. Geburtstag und deinen 5. Todestag.

Elisabeth Scholz
im Namen des Stadtvorstandes DIE LINKE, Brandenburg an der Havel

Bilderrätsel

1) Die Bundesgartenschau 2015 wird nicht auf eine Stadt begrenzt sein. Zum ersten Mal findet die BUGA unter Beteiligung einer ganzen Region und in zwei Bundesländern statt: Fünf Städte und viele Gemeinden sind involviert. Die Veranstalter starteten mit dem Slogan „Von Dom zu Dom – das blaue Band der Havel“.

Unser Bilderrätsel zeigt die drei größeren Städte, die allesamt direkt an der Havel liegen. Ordnen Sie die Fotos 1, 2 und 3 den Städten Brandenburg an der Havel (a), Havelberg (b), Premnitz (c), Rathenow (d) oder Rhinow (e) zu.



Bild 1

..... Brandenburg an der Havel (a)

..... Havelberg (b)

..... Premnitz (c)

..... Rathenow (d)

..... Rhinow (e)



Bild 2

..... Brandenburg an der Havel (a)

..... Havelberg (b)

..... Premnitz (c)

..... Rathenow (d)

..... Rhinow (e)



Bild 3

..... Brandenburg an der Havel (a)

..... Havelberg (b)

..... Premnitz (c)

..... Rathenow (d)

..... Rhinow (e)

2) Da stimmt doch was nicht! Figur Nr. 1, 2 und 3 auf einer Bank?

Der interessierte Leser wird wissen, dass nur eine dieser Loriot-Figuren auf der Bank am Altstädtischen Markt sitzt. Aber wo befinden sich die beiden anderen Figuren?

A: Nr. ..... sitzt an der Regattastrecke,
B: Nr. ..... sitzt an der Jahrtausendbrücke,
C: Nr. ..... ist eingelagert.



Viel Spaß! Senden Sie Ihre Antworten bis zum 01.10.2012 an die Geschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2. Diesmal bekommen die besten 3 Ratefüchse einen Büchergutschein. Wir wünschen viel Glück. Das Glück traf beim letzten Mal: S. Nique, B. Schönbeck, K. Feierabend, Th. Leopold und Manfred R. K. Weißert – alle aus der Stadt Brandenburg.

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

TRENNER
Bausanierung UG

Mauerwerkssägen und Injektagen
Maurer- und Putzarbeiten sowie Abdichtungen

Neuendorfer Straße 59 . 14770 Brandenburg an der Havel
Telefon 0 33 81 . 22 44 10 . **E-Mail** trennerbau@email.de

Was Wann Wo

SEPTEMBER 2012:

27.09.	18.00 Uhr	Diskussion zu Waffenexporten mit MdB Jan van Aken

OKTOBER 2012:

08.10.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
09.10.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
12.10.	16.00 Uhr	Klausurtagung Fraktion & Vorstand in Werder/Havel (bis 13.10.2012)
17.10.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
17.10.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
22.10.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
24.10.	16.00 Uhr	SVV, Rathaus

NOVEMBER 2012:

01.11.	10.00 Uhr	Regionalkonferenz, Potsdam
10.11.	**09.30 Uhr**	**Gesamtmitglieder-versammlung, TGZ**
12.11.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
13.11.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
21.11.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
21.11.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
26.11.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
28.11.	16.00 Uhr	SVV, Rathaus

DEZEMBER 2012:

01.12.		Basiskonferenz der LINKEN in Frankfurt/Oder
02.12.	10.00 Uhr	Landesparteitag der LINKEN Brandenburg in Frankfurt/Oder
11.12.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
12.12.	16.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand

08.12.2012 10.00 Uhr
Wahlkreisversammlung zur Aufstellung der/des Kandidatin/Kandidaten zur Bundestagswahl, Rolandsaal, Brandenburg an der Havel

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN am Neustädtischen Markt 2 statt.

Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-stadt-brb.de
Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

DIE LINKE.
Brandenburg an der Havel

IMPRESSUM: HAVELbrandung .
Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 02/2012 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL) . E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus Auflage: 42.500 Stück. **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig (Text), Werner Müller (Bild), Lutz Krakau (Organisation) . **Redaktionsmitglieder:** Daniel Herzog, Frank Hübner, Andreas Kutsche, Wilfried Weise, Petra Zimmermann **Bildnachweise:** W. Müller (1,1,1,2,3,4,4,9,9,10,12,12,12,12); F. Hübner (6,6,8,8); DIE LINKE Havelland (1); Die Linke Bundestagsfraktion (BTF)(5); Die Linke Landtagsfraktion Brandenburg (LTF BBL) (5); S. Lück (6); T. Bank (7); S. Meier, privat (11); P. Zimmermann (11); Karikatur, privat (10); Karikatur, R. Alff (11)
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de